

Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Peter Marbet/Diego Bigger, SP): Bürgernahe Polizeiarbeit – Community Policing

Die Zusammenführung der Stadtpolizei Bern und der Kantonspolizei Bern fand 2008 statt. Seitdem regelt ein Ressourcenvertrag die Leistungen, die die Kantonspolizei für die Stadt Bern erbringt. Jedoch gibt es regelmässig Kritik an der Polizeiarbeit, vor allem, wenn es um Demonstrationen oder um Nutzungskonflikte rund um das Thema öffentlicher Raum, Nachtleben oder Lärmklagen geht. Seit Jahren verhärten sich die Fronten, Lösungen sind in weite Ferne gerückt und die Forderung nach einer Ombudsstelle wird ignoriert.

Als hoheitliche Aufgaben ist Polizeiarbeit von grosser Bedeutung für eine Gesellschaft. Allerdings ist das Vertrauen in die Ordnungshüter, vor allem bei jungen Menschen, nicht besonders gross. Damit die Beziehung zwischen der Kantonspolizei und den Bürger*innen verbessert wird, sollte eine Einheit geschaffen werden, die einen anderen Ansatz als den repressiven Ansatz verfolgt. In gewissen Situationen, bei unbewilligten Demonstrationen oder wenn ohne Bewilligung im öffentlichen Raum gefeiert wird, sind deeskalative Ansätze Erfolg versprechender.

Im Verständnis von Polizeiarbeit als öffentliche hoheitliche Aufgabe hat sich in den letzten Jahren zunehmend der Ansatz des Community-Policing durchgesetzt, also einen bürgernäheren Ansatz. In der NZZ am Sonntag vom 26. Juli 2020 wurde unter dem Titel «Besser als die Polizei» berichtet, dass Zürich, Basel, Nyon und Dietikon bereits diesen Ansatz verfolgen. Es geht hier um die präventive Präsenz von Polizeikräften im öffentlichen Raum, um die Bewirtschaftung von Brennpunkten, um die Vernetzung zwischen Polizei-, Sozial- und Sicherheitsdirektion, der Suchtprävention und der Jugendarbeit. Auch die Vernetzung mit Partner*innen-Organisationen im öffentlichen Raum wie bspw. Quartiervereinen, sollen hier im Zentrum stehen. Wichtige Schritte auf dem Weg zu einer bürgernahen Polizeiarbeit sind Dezentralisierung, Beteiligung der Bürger*innen und Problemlösung. Eine flexible Monatsplanung, die lage-, ereignis- und bedarfsgerecht ist, muss etabliert werden.¹

Wir fordern den Gemeinderat auf,

1. sich beim Kanton Bern dafür einzusetzen, dass im Ressourcenvertrag die Aufgabe des Community-Policing aufzunehmen ist,
2. mit dem Kanton Bern den Aufbau einer Community-Policing-Einheit zu etablieren und
3. sich beim Kanton Bern dafür einzusetzen, dass Polizistinnen und Polizisten in Community-Policing auszubilden sind.

Bern, 20. August 2020

Erstunterzeichnende: Katharina Altas, Diego Bigger, Peter Marbet

Mitunterzeichnende: Nadja Kehrli-Feldmann, Fuat Köçer, Laura Binz, Ayse Turgul, Esther Muntwyler, Timur Akçasayar, Bernadette Häfliger, Elisabeth Arnold, Ueli Fuchs, Ingrid Kissling-Näf, Marieke Kruit

¹ https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/13/Feltes-dt_S.pdf, In: IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2013, Baden-Baden 2014, S. 241-252.

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der vorab in der Zuständigkeit des Kantons und der Kantonspolizei selbst liegt, zumal es um Fragen der Ausbildung, Organisation und Arbeitsweise der Polizeiorgane geht. Der Motion kommt im begrenzten Einflussbereich des Gemeinderats der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Inhaltlich teilt der Gemeinderat die Forderung der Motion, dass die Polizeiarbeit nach dem Grundsatz des Community-Policing auszurichten ist. Er sieht jedoch keinen Widerspruch zwischen dieser Forderung und dem heutigen Verständnis der Polizeiarbeit in der Stadt Bern, ausgeführt von der Regionalpolizei der Kantonspolizei Bern. Bei der Lösungsfindung in den verschiedensten Bereichen der Verkehrs- und Sicherheitspolitik findet eine interdisziplinäre Zusammenarbeit unter Einbindung der Bedürfnisse der Quartierorganisationen und der lokalen Bevölkerung statt. Sowohl die Evaluation von Police Bern als auch regelmässig durchgeführte Umfragen in der Bevölkerung ergaben gute Vertrauenswerte in die Polizeiarbeit. Auch bei Volksabstimmungen stossen entsprechende Vorlagen auf Gehör und Zustimmung des Soveräns.

Dass Polizeieinsätze im Einzelfall zu Kritik führen, stellt der Gemeinderat nicht in Abrede. Auch kommt es durchaus zu unterschiedlichen Auffassungen, wie Sicherheitsbrennpunkte zu bewirtschaften sind und welche Rolle dabei die Polizei wahrnehmen kann und soll. Solche Kritiken und Diskurse sind aus Sicht des Gemeinderats jedoch nichts Aussergewöhnliches, muss doch eine ständige Interessenabwägung stattfinden und die Polizeiarbeit muss sich aufgrund des Gewaltmonopols immer wieder von Neuem legitimieren.

Zumal die Motion in ihrer Kernforderung auf das Community Policing fokussiert, sei nachfolgend näher dargelegt, dass die Polizei das Community Policing bereits seit Jahrzehnten, sowohl in der Ausbildung wie auch bei der täglichen Polizeiarbeit, praktiziert und ihm einen sehr hohen Stellenwert einräumt.

In der Stadt Bern wurde Community Policing durch die damalige Stadtpolizei schon vor 1999 intensiv betrieben und gelebt. Seit dem Zusammenschluss mit der Kantonspolizei im Jahre 2008 wurde dieser Bereich kontinuierlich ausgebaut und ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil der Polizeiarbeit. Seit Jahren werden die Polizeiaspirantinnen und Polizeiaspiranten an der Polizeischule mittels eines schweizweit einheitlichen Community Policing-Lehrmittels unterrichtet. Seit der Einführung der Berufsprüfung als Polizistin/Polizist im Jahre 2003 ist Community Policing zudem ein fester Bestandteil der Berufsprüfung. Die Kompetenz «Bürgernahe Polizei umsetzen» wie auch «Werte der Polizeiarbeit» sind ebenfalls Bestandteil des Ausbildungsplans der Polizei.

Im Jahre 2011 wurde bei der Kantonspolizei Bern zudem die Gruppe «Dialog» ins Leben gerufen. Diese wird bei Sportveranstaltungen und bei Demonstrationen eingesetzt und verrichtet ihre Arbeit in normaler Polizeiuniform, gekennzeichnet durch eine orange Überwurfweste. Bei den Mitgliedern dieser Dialoggruppe handelt es sich um Polizistinnen und Polizisten, welche in verschiedenen Bereichen wie z.B. Gesprächsführung, Psychologie etc. vertiefter ausgebildet wurden. Der Einsatz dieser speziell geschulten Mitarbeitenden hat sich über die Jahre mehrfach bewährt und wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Diese Weiterentwicklung der bürgernahen Polizei ist aus Sicht des Gemeinderats eine Daueraufgabe, welche bereits heute auf einem soliden und bewährten Fundament ausgeübt wird. In diesem Sinne nimmt der Gemeinderat die Motion als Richtlinie entgegen und legt gleichzeitig den vorlie-

genden Begründungsbericht vor, welcher aufzeigt, dass Community Policing seit langem ein unverzichtbarer Bestandteil der Polizeiarbeit – auch in der Stadt Bern – ist und bleiben wird.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
2. Die Antwort gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 17. Februar 2021

Der Gemeinderat